Die Waffenstillstandsverhandlungen.

X **Wien**, 5. Dezember. Amtlich wird verlautbart: Die Verhandlungen bei dem Feldmarschall Prinzen Leopold von Bayern werden fortgesetzt. Der Oberbefehlshaber der zwischen dem Dnjestr und dem Schwarzen Meere stehenden russischen und rumänischen Truppen ist gestern nachmittag an den Generalobersten Erzherzog Josef und an den Generalfeldmarschall v. Mackensen mit dem Vorschlage herangetreten, Besprechungen über einen Waffenstillstand einzuleiten. Unsere Heerführer haben zustimmend geantwortet. Die Abordnungen begeben sich an den Verhandlungsort.

X **Konstantinopel**, 4. Dezember. Ergänzung zum amtlichen Heeresbericht vom 3. 12.: Der Oberbefehlshaber der russischen Heere hat einen auf Abschluß eines Waffenstillstandes hinzielenden Vorschlag gemacht, und zwar für alle Fronten der verbündeten Heere im Osten. Dieser Vorschlag ist von den verbündeten Heeren angenommen worden. Daraufhin ist eine russische Abordnung zu darauf hinzielenden Verhandlungen bei dem Oberkommando der Ostarmeen eingetroffen. Eine von dem Oberbefehlshaber der türkischen Armee ernannte Abordnung unter Führung des persönlichen Adjutanten des Sultans, Divisionsgenerals erster Klasse Zekki Pascha, hat sich der Vertretung der verbündeten Heere angeschlossen. Die Vorbesprechungen über den Waffenstillstand haben am 3. Dezember mittags begonnen.

•

Der Verband und die Maximalisten. Berner Meldungen behaupten, daß sich, ganz abgesehen von den Verhandlungen über den Waffenstillstand mit Rußland, die Aussichten für den Frieden insofern gebessert hätten, als Anhaltspunkte dafür vorlägen, daß Frankreich und Italien der Bolschewiki-Regierung in Petersburg gegenüber eine freundliche Haltung anzunehmen scheinen. Auch die Meldungen über die Aufgabe, die Oberst House bei der Pariser Konferenz zu erfüllen hat, werden zur Bestätigung dieser Meldungen herangezogen. In unterrichteten Kreisen steht man diesen Berner Nachrichten mit ausgesprochenem Mißtrauen gegenüber und mahnt zur Vorsicht. Falls sich in Frankreich und Italien tatsächlich eine entgegenkommendere Haltung der russischen Regierung gegenüber zeige, könne diese Haltung nur von der Absicht veranlaßt sein, die im Gange befindlichen Verhandlungen über den Waffenstillstand zu beeinflussen und womöglich zu stören. Auch die Meldungen über die Haltung Amerikas sowohl bezüglich der Mission des Obersten House in Paris als auch bezüglich der Erklärungen, die General Janson in Petersburg Trotzki gegenüber abgegeben hat, scheinen nur den Zweck zu haben, Einfluß auf die russische Regierung zu gewinnen. Daß dieser Einfluß für den Frieden förderlich sein könnte, ist keineswegs anzunehmen.

Eine Friedensdebatte in der türkischen Kammer. Die Agentur Milli meldet aus Konstantinopel: Im Laufe der Debatte im Parlament sagte der sozialistische Abgeordnete von Konstantinopel Se-Lah-Bey u. a. über die Friedensfrage: Wir danken der Regierung für ihre für den Frieden günstige Erklärungen. Indessen, fügte er hinzu, hat die Regierung erklärt, daß wir den Krieg für unsere Befreiung und Unabhängigkeit um jeden Preis fortsetzen werden. Wir möchten die Regierung dieselbe Entschlossenheit entfalten sehen, um zu einem Frieden um jeden Preis zu kommen. Der Abgeordnete Bely wandte sich gegen diese Ausführungen und erklärte: Wir wollen sicherlich den Frieden, aber wir wollen ihn nur unter der Bedingung, daß er die Bestrebungen sichert, die uns bewogen haben, den Krieg zu führen. Wann werden wir die Feinde, die unseren Boden schänden, vertreiben unter Mithilfe unserer Bundesgenossen, von denen keiner mehr einen Feind im Lande stehen hat. Der Minister des Aeußeren erwiderte: Die feindliche Besetzung gewisser Gebiete ist nur eine vorübergehende. Ich gründe dieses Vertrauen auf die Macht unseres Bündnisses, auf den Verlauf der Ereignisse an der Ostfront und auf die gegenwärtige Entwickelung unserer militärischen Lage.

•

Truppenlager für Amerikaner in Frankreich. Aus Madrid meldet ein Funkspruch des Wien. Korresp.-Bur.: Einer Meldung des Blattes „Nacion" zufolge werden in Südfrankreich zwischen Bayonne und Bay angeblich Truppenlager für 25 000 Amerikaner und in Pau Truppenlager für 60 000 Amerikaner oder Engländer errichtet. Auch soll zwischen Bayonne und St. Joen de Luz ein Lager für eine amerikanische Truppenabteilung vorbereitet werden.

Zum Tode des russischen Generals Duchonin wird nachträglich bekannt, daß er von Soldaten aus dem Eisenbahnzuge herausgeworfen wurde und auf diese Weise sein Ende fand. — Die maximalistische Regierung in Rußland hat, nach Reuter, bekanntgegeben, daß der Große Generalstab an der russischen Front sich den maximilistischen Truppen ergeben habe.

Kündigung aller Lieferungsverträge mit den Verbündeten. Nach dem Daily Chronicle hat, wie dem B. L.-A. gemeldet wird, die russische Regierung alle Verträge mit den Verbündeten wegen Lieferung von Schießbedarf und Kriegsgerät für das russische Heer gekündigt und sofort außer Kraft gesetzt. Die Regelung der russischen Kriegsschuldenfragen soll bis zur Friedenskonferenz verschoben werden.

Die Kämpfe in Ostafrika. Der Vertreter des englischen Bureaus bei den englischen Streitkräften in Deutsch-Ostafrika drahtet aus Nadanda ohne Datum: Jetzt ist es möglich, die Geschichte des großen Kesseltreibens zu erzählen, das in der Uebergabe der Tafelschen Streitmacht gipfelte. Nachdem wir Mahenga eingenommen hatten, rüsteten die Deutschen sich zu ihrem Rückzuge 300 englische Meilen (480 Kilometer) weit auf die portugiesische Grenze. Da das englische Hauptquartier sah, daß die Transportmittel zu einer Verfolgung nicht hinreichten, wurde ein Teil der belgischen Streitmacht geschickt zurückgezogen, zur See nach Kilwa gebracht und von dort auf Liwale vorgeschoben, sodaß er die Verbindungslinie Tafels bedrohte. Der deutsche Führer wurde so gezwungen, sich schneller, als er beabsichtigt hatte, zurückzuziehen. Inzwischen trieben unsere nördliche Streitmacht ihn ostwärts und sodann bedrohten frische Kräfte von Nassassie her seinen Rücken und seine östliche Flanke, sodaß Tafel sich in der Nähe von Newala von allen Seiten bedrängt sah. Knapp an Nahrungsmitteln wandte er sich nach Osten in der Erwartung Lettow-Vorbeck zu treffen. Wir jedoch wandten alle Vorsorge an, beide auseinander zu halten. Sobald Tafel Erkundungsvorstöße begann, stöberte er ein englisches Hornissennest auf und wandte sich nach Süden hinein in die offenen Arme einer von dem englischen Hauptquartier sorgfältig vorbereiteten Falle. Umringt, ausgehungert und außerstande, Verbindung mit Lettow-Vorbeck zu bekommen, ergab er sich. Unsere Hauptstreitmacht kann sich nun an die Umzingelung Lettow-Vorbecks machen.

•

Pariser Konferenz-Ergebnisse.

Clemenceau redete in der kurzen Ansprache, mit der er die Konferenz der Alliierten schloß, ärgerlich von einer „gewichtigen Stimme", die sich nach Zeitungsmeldungen jenseits der Schützengräben erhoben habe, um sich über die Konferenz lustig zu machen. Leider enthalten weder seine Ausführungen noch die des Obersten House noch die Mitteilungen, die Pichon im Ministerrat über die „Ergebnisse" der Beratungen bekanntgab, irgend etwas, das den Spott entkräften könnte, über den der französische Ministerpräsident sich überflüssigerweise aufregt. „Wir wollen", ruft Clemenceau aus, „dieselbe Verwirklichung des Rechts, der Gerechtigkeit und Freiheit, auch wenn man auf der anderen Seite des Rheins nicht versteht, daß die Welt unsern Sieg erwartet." Die „Welt," auf die Clemenceau sich beruft, ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der wirklichen Welt. In seinem eigenen Lande fühlt er sich so wenig im Einklang mit der großen Mehrheit, daß er mit drakonischen Maßnahmen jede Auflehnung gegen seine Herrschaft im Keim zu ersticken sucht. Schlagworte wie „Gerechtigkeit und Freiheit" aber klingen heute hohl im Munde eines Vertreters derjenigen Macht, die, wie die von den Bolschewiki enthüllten Geheimdokumente beweisen, mit den maßlos festen Eroberungswünschen in den Krieg zog. Schließlich steht das Verhalten der Verbandsmächte gegenüber der Volksregierung in Rußland in zu schreiendem Widerspruche zu allen Redensarten von einem Kampf um Recht und Freiheit, als daß „die Welt" dadurch noch enttäuscht werden könnte. Pichon versicherte im Ministerrat, die Konferenzergebnisse stellten die Einheit des wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Handels sicher. Wann wären Vertreter der Verbandsmächte nicht zusammen gewesen, ohne daß sie als Ergebnis ihrer Besprechungen dieselbe „Feststellung" gemacht hätten. In der Praxis gingen dann alle guten Vorsätze regelmäßig wieder in die Brüche. Allerdings kündigt Pichon das Auftreten eines wirklichen „Generalstabes der Alliierten" an. Man wird sehen, was dabei an „Einheitlichkeit" herauskommt.

•

Von einem militärischen Mitarbeiter wird uns geschrieben: Was wir über die bisherigen Ergebnisse des Kriegsrates in Paris erfahren, ist nicht dazu angetan, uns aufzuregen. Daß der gemeinschaftliche Oberbefehl würde abgelehnt werden, war vorauszusehen, nachdem Lloyd George sich dem Unterhause gegenüber ziemlich gebunden hatte. Wenn man trotzdem die Einheitlichkeit der Kriegführung besser als bisher gesichert haben will, so wollen wir die Früchte dieser Abmachungen gelassen abwarten. Nirgend mehr als im Kriege nehmen sich strategische Abmachungen in einem Kriegsrate und auf dem gedruckten Papiere stattlicher aus als nachher im Brauden der Ereignisse. Ohne die hohe moralische Autorität eines erfolgreichen Feldherrn werden der unbedingten Einheit der Fronten, der bedingungslosen Verwendung aller vorhandenen Truppen nach den jeweiligen Bedürfnissen immer wieder militärische Sonderwünsche, strategische Bedenken, politische Selbstsüchte hemmend entgegentreten. In Italien herrscht die jetzt noch mehr als früher begreifliche Neigung vor, die eigene Front als die wichtigste zu betrachten, während Engländer und Franzosen dieser Auffassung entschieden widersprechen. Zwischen diesen beiden handelt es sich seit Beginn des Jahres 1917 um die Frage, wer von beiden die größeren Blutopfer zur Erreichung des immer noch erträumten Sieges bringen soll. Wenn die Engländer in der ganzen zweiten Jahreshälfte die Entscheidung suchenden Angriffe in Flandern und bei Cambrai so gut wie allein durchgeführt haben, so sträuben sie sich umsomehr dagegen, einen noch größeren Teil der französischen Front ihrerseits zu übernehmen. Man kann das wohl begreifen; denn ihre Schlachtentaktik erfordert besonders tiefgegliederte Massen an Fußvolk und Geschütz. Hierüber aber und vielleicht auch in der Beurteilung der deutschen Absichten und ihrer Bekämpfung werden sich immer wieder Reibungen zwischen den beteiligten Heeresleitungen ergeben. Hierzu kommt, daß doch auch die **militärpolitischen** Auffassungen beider Völker nicht restlos übereinstimmen, und diese werden auf die Kriegführung immer abfärben.

Aus den österreichisch-ungarischen Delegationen.

Aus der **Rede des Grafen Czernin** über die äußere Politik, die wir bereits gestern kurz erwähnt haben, seien noch folgende Sätze wiedergegeben: Ueber die im russischen Reiche eingetretene Umwälzung kann ich jetzt schon aus dem Grunde kein endgültiges Urteil fällen, weil die dortigen Ereignisse noch nicht zu einem Abschluß gekommen zu sein scheinen. Außer Zweifel steht wohl aber, daß die dem **Frieden** geneigten Kreise Rußlands die überwiegende **Mehrheit des russischen Volkes** darstellen. Ich lege Gewicht darauf, folgende Tatsachen zu betonen: Oesterreich-Ungarn und seine Verbündeten haben im Gegensatz zu den Ententeregierungen niemals versucht, auf die Gestaltung der inneren Verhältnisse Rußlands Einfluß zu üben. Die Mächte des Vierbundes waren weiter stets bereit mit der jeweils an der Macht befindlichen russischen Regierung in Verhandlungen zu treten. Es ist unser aufrichtiger Wunsch, das seinerzeitige freundnachbarliche Verhältnis zu den Völkern Rußlands wiederherzustellen und mit ihnen in Zukunft freundschaftliche Wechselbeziehungen zu pflegen.

Weiter sagte Czernin: Im Laufe der mit dem Deutschen Reiche bereits eingeleiteten Verhandlungen zur Vorbereitung einer Neuregelung unserer wirtschaftlichen Beziehungen wird es hoffentlich gelingen, diesen Wunsch auch in die Tat umzusetzen. Die Annahme scheint gerechtfertigt, daß das Schwerste hinter uns liegt. So können wir auch erhobenen Hauptes und in zuversichtlicher Stimmung die aufdämmernde **Morgenröte des Friedens** erwarten. Wenn ich hiermit sage, daß ich die Möglichkeit, in absehbarer Zeit zu einem Frieden zu gelangen, für gegeben erachte, so muß ich daß Verdienst, diese Möglichkeit geschaffen zu haben, für unsere Mächtegruppe in Anspruch nehmen. Die einzige Regierung, die den von uns aufgeworfenen Gedanken aufnahm, war die provisorische Regierung Rußlands. Die Erklärung, Rußland habe nicht die Absicht, andere Völker zu beherrschen und gewaltsam fremde Gebiete zu besetzen, sondern das Streben nach einem dauernden Frieden, auf diese Erklärung der provisorischen russischen Regierung hin haben die Regierungen der Mittelmächte die Gleichheit ihrer und der russischen Ziele festgestellt. Wir sind bereit, mit unseren Gegnern einen allgemeinen, gerechten und ehrenvollen Frieden zu schließen, der die territoriale Unantastbarkeit der Monarchie und ihre künftige freie Entwickelung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete sichert. Mit **Rußland**, daß sich seit April d. J. bereit erklärt hatte, einen Frieden ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen zu schließen und dessen heutige Regierung dieses Programm wieder aufgenommen hat, stehen wir im Begriffe, Verhandlungen auf dieser Grundlage einzuleiten. Ich bin daher heute auch nicht in der Lage, mich darüber näher auszusprechen, inwieweit der von mir oben skizzierte Frieden diesem Staate gegenüber verwirklicht werden kann. Unter allen Umständen aber muß ich erklären, daß es mir nicht möglich ist, unsere selbstlosen Kriegsziele gegenüber den offen eingestandenen Annexionswünschen jedes unserer Feinde für alle Zukunft einseitig festzulegen, wenn sie auf Fortsetzung des Krieges beharren sollten.

•

Republik Ukraine.

Die Erklärung des Rates des Volksbeauftragten, den Nationalitäten in Rußland freie Entwickelung und Selbstständigkeit zu geben, ist von den Ereignissen in der Ukraine wirksam begleitet worden. Hier hat der große Rat, die Rada, den Beschluß gefaßt, die Republik über alle Gebiete auszudehnen, in der die Mehrheit aus Ukrainer besteht. Dadurch werden auch die Gouvernements Charson, Charkow und Jekaterinoslaw und andere in die Republik aufgenommen, deren Grenzen vom Schwarzen Meer bis zu den Gebieten der Donkosaken reichen. Das ist aber noch nicht Alles. Die neue Republik enthält das gesamte Schwarzerdegebiet, die reichste Kornkammer nicht nur Europas, sondern der ganzen Erde. Wenn es der Republik gelingt, was die zaristische Herrschaft niemals fertig brachte, die wirtschaftliche Kultur auf eine höhere Stufe zu heben, so ist mit einer Verdoppelung der Ernteertrages zu rechnen. Weiter verfügt die Ukraine über reiche Erdschätze, ebenso über die Kohlen im Donezgebiet. Die Schwarzmeerhäfen sichern ihr Anschluß an die großen Straßen des Verkehrs, so daß alle Voraussetzungen eines kraftvollen Wirtschaftsstaates gegeben sind. Ob aber die Unabhängigkeit so weit geht, daß sich die Ukraine aus dem staatlichen Verbande des russischen Reiches löst, muß die Zukunft lehren. Für Polen selbst bedeutet die Aufrichtung der Republik Ukraine einen Damm nach Süden, der sich nicht wegschwemmen und durchbrechen läßt.

Sibirien und der Kaukasus selbständig!

„Berlingske Tidende" veröffentlicht eine Meldung des „Utro Rossij", wonach es sich bestätigt, daß Sibirien sich als unabhängige Regierung erklärt und in Omsk unter dem Präsidenten Potapin eine eigene Regierung gebildet habe, die ihren Sitz in früheren Gouvernementsgebäuden aufgeschlagen hat. Die neuen, weiß-grünen sibirischen Flaggen wehten von allen öffentlichen Gebäuden. Alle Teile Sibiriens hätten sich der neuen Regierung angeschlossen, auch der Kaukasus sei im Begriff, sich von Rußland loszulösen, um eine eigene Regierung zu bilden, zu deren Ministerpräsident der frühere Bürgermeister von Baku, Duosch, ausersehen sei.

Sächsischer Landtag.

wtl. **Dresden**, 5. Dez.

Zweite Kammer.

Am Regierungstisch Finanzminister von Seydewitz. Zur allgemeinen Vorberatung steht der **Haushaltsplan des staatlichen Elektrizitätsunternehmens** auf die Jahre 1918/19 und die **Aufnahme einer staatlichen Anleihe für dieses Unternehmen.** Finanzminister **von Seydewitz** legt den Haushaltsplan vor, der ein erfreuliches Spiegelbild der fortschreitenden Entwickelung des neuen staatlichen Unternehmens gebe. Für die Erweiterung des Elektrizitätswerks Hirschfelde und den Bau der für die Elektrizitätsversorgung des Landes notwendigen Uebertragungsanlagen sind 20 Millionen M. eingestellt, ferner 10 Millonen M. als 2. und letzter Teilbetrag für den Erwerb des Elektrizitätswerkes Oberlausitz und 6767 000 M. für den Erwerb der Elbtalzentrale Pirna. Abg. **Gleisberg** (Nat.) bemängelt die Einstellungen. Man habe von Anfang an darauf gerechnet, daß den Verbrauchern ein möglichst billiger Preis für den elektrischen Strom berechnet werden würde. Man rechnete damals auf 2 bis 3 Pfennig für die Kilowattstunde. Heute berechne der Staat bereits 3,7 Pfennig. Das gebe der Sache ein höchst unerfreuliches Ansehen. Redner bemängelt schließlich den zu hohen Erwerbspreis der Elbtalzentrale Pirna und beantragt schließlich die Verweisung des Dekrets an die Finanzdeputation B. Abg. **Günther** (Fortschrtl. Vp.) meint ebenfalls, daß der Erwerbspreis der Elbtalzentrale ein zu hoher sei. Es sei ein ganz unrentables Werk. Das Finanzministerium könne nicht vorsichtig genug mit der Festlegung staatlicher Mittel für solche Unternehmungen sein. Abg. **Ritzsche** (Soz.): Es komme nicht darauf an, welche Erträge ein solches Werk früher ergeben habe, sondern darauf, daß das Werk technisch den Forderungen entspreche, um die Aufgabe zu erfüllen, ein wichtiges Reservewerk bei der staatlichen Elektrizitätsversorgung zu sein. Seine Partei sei bereit, alles zu bewilligen, was notwendig sei, das staatliche Elektrizitätsunternehmen zu fördern. Abg. **Frenzel** (Kons.) spricht als Vertreter einer Anzahl Gemeinden des Pirnaer Bezirks und meint, der Ankaufspreis für die Aktien der Elbtalzentrale sei durchaus nicht zu hoch. Abg. Dr. **Schanz** (Kons.) steht dem Ankauf der Elbtalzentrale nicht besonders freundlich gegenüber. Man habe dem Staate nicht den Weg ebnen wollen für ein Elektrizitätsmonopol. Einem Teil seiner Freunde kämen auch Bedenken gegen die Höhe des Preises für die Elbtalzentrale. Abg. Dr. **Böhme** (Kons.) erwiderte gegenüber dem Vorredner, daß der Preis eher zu niedrig als zu hoch sei. Endlich weist Ministerialdirektor Dr. **Jurk**, nachdem noch Abg. **Günther** gesprochen, die Bedenken der Abgeordneten Gleisberg, Günther und Dr. Schanz zurück. Darauf wird das Dekret antragsgemäß an die Finanzdeputation B zur Weiterberatung überwiesen. Nächste Sitzung Donnerstag mittag 12 Uhr. Interpellation Singer (Natl.) betr. Schließung der Landesanstalten und Antrag Brodauf (Fortschrtl.) betr. Befreiung der Mitglieder der israelitischen Religionsgemeinden von der kirchlichen Besitzwechselabgabe.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Reichstagsabgeordneter Stadthagen †. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für Niederbarnim Arthur Stadthagen ist im 61. Lebensjahre einem schweren Lungenleiden erlegen.

Verzeichnis der höheren Gewinne vom 5. Dez. 1917:

Gewinne zu 1000 Mark. 6938 16415 26077 38491 44632 44407 45719 70280 96341 98706 99133 106001.
Gewinne zu 2000 Mark. 27941 73173 80635 97898 98646.
Gewinne zu 3000 Mark. 32485 91453.
Gewinne zu 5000 Mark. 82242.
10 000 Mark auf Nr. 56210.
30 000 Mark auf Nr. 50217.

Skizze zu den Ereignissen bei Cambrai.